



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Studiengebühren sind der falsche Weg“.

Schülergruppe des AKG Bensheim zu Besuch bei Christine Lambrecht in Berlin.

Berlin/Viernheim, Februar 2007 – Der Leistungskurs Politik und Wirtschaft des Alten Kurfürstlichen Gymnasiums Bensheim war eingeladen, die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) an ihrem Arbeitsplatz in Berlin zu besuchen und hatte die Gelegenheit, im Plenum eine hitzigen Debatte zu folgen. Die Gruppe wurde von Dr. Hans-Jürgen Boysen-Stern geleitet.

In einer aktuellen Stunde zu den Gewerkschaftsaktionen gegen die geplante Rente mit 67 kam es zu einem hitzigen Schlagabtausch und die Schülerinnen und Schüler konnten sich einen Eindruck davon machen, dass Parlamentsdebatten ausgesprochen lebendig sein können.

Im anschließenden Gespräch mit Christine Lambrecht schilderte diese den Ablauf einer Plenarwoche. Darauf folgte eine angeregte Diskussion über die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Kritische Fragen gab es zu der Diskussion um die Erbschaftsteuer. Lambrecht machte deutlich, dass eine sozial gerechte Besteuerung von hohen Erbschaften gesellschaftlich sinnvoll und nötig sei. „Niemand muss Erbschaftsteuer zahlen, wenn er 10.000 Euro erbt“, stellte Lambrecht klar. „Bei sehr hohen Erbschaften ist es aber so, dass die Allgemeinheit, die die Rahmenbedingungen geschaffen hat, dass so ein Vermögen angehäuft werden konnte, einen Anspruch auf einen kleinen Teil des Vermögens hat“. Christine Lambrecht betonte, dass



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

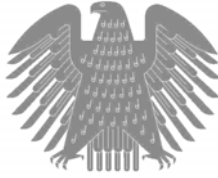
 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Reichtum verpflichte, wie es auch in Artikel 14 des Grundgesetzes festgeschrieben sei. „Es haben schließlich alle etwas davon, wenn die eingenommenen Erbschaftssteuern in Bildung und Infrastruktur investiert werden“.

Eine weitere Nachfrage betraf das Thema Studiengebühren. Lambrecht stellte klar, dass sie – wie auch die gesamte hessische SPD – für ein gebührenfreies Erststudium stehe. „Studiengebühren sind der falsche Weg. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, so Lambrecht. Auf die Frage, ob sie das auch so sehe, wenn die Gebühren ausschließlich den Universitäten zukommen, stellte Lambrecht klar: „Es kann nicht sein, dass Landesregierungen den Universitäten die Haushalte kürzen und sie dann zur Erhebung von Studiengebühren verpflichten“, so Lambrecht. „Bildung ist ein Recht, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine zentrale Zukunftsfrage. Deshalb wird die hessische SPD bei einem Sieg bei den Landtagswahlen 2008 die von Koch beschlossenen Studiengebühren zurücknehmen“.

Im Anschluss besichtigte die Gruppe den Dachgarten und die Kuppel des Reichstagsgebäudes.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation



Das Foto zeigt die Gruppe mit Christine Lambrecht im Reichstagsgebäude.